

# **Niederschrift der 24. Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz der Stadt Oberhausen am 11. Mai 2016**

**Anwesende:** siehe Anwesenheitsliste

**Beginn:** 14.00 Uhr **Ende:** 16.30 Uhr

## **TOP 1 Begrüßung und Eröffnung**

Frau Lauxen begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass es zur Niederschrift der letzten Sitzung keine Anmerkungen gibt.

## **TOP 2 Das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention – Herausforderungen und Chancen für die Kommunen**

Herr Meertz, Leiter der Regionaldirektion Duisburg – Oberhausen der AOK, stellte die wesentlichen Inhalte des Bundespräventionsgesetzes, das der Bundestag im Sommer 2015 verabschiedet hat, anhand beigefügter Powerpoint-Präsentation vor. Drei Schwerpunkte müssen besonders herausgestellt werden: Die Prävention in nichtbetrieblichen Lebenswelten, die betriebliche Gesundheitsförderung sowie die Prävention in Pflegeeinrichtungen. Für diese Bereiche stellen die gesetzlichen Krankenkassen ab 2016 bundesweit jährlich 7,30 Euro pro Versichertem bereit.

Bei der Prävention in den nichtbetrieblichen Lebenswelten sollen sämtliche Lebensphasen – gesund aufwachsen, gesund leben und arbeiten sowie gesund altern – berücksichtigt werden. Bei der betrieblichen Gesundheitsförderung sollen u.a. auch die klein- und mittelständischen Betriebe in den Fokus rücken. Dazu wird eine regionale Koordinierungsstelle aufgebaut, um Unternehmen den Zugang zu Angeboten zu erleichtern. Die Prävention in der Pflege haben die Pflegekassen als neue Aufgabe bekommen. In diesem Bereich werden neue Projekte entstehen, die insbesondere in der stationären Pflege verortet werden.

In NRW soll die konkrete Umsetzung durch eine Landesrahmenvereinbarung gesichert werden, die mittlerweile seit August vorliegt.

[www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/presse/pressemitteilungen/LRV\\_final.pdf](http://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/presse/pressemitteilungen/LRV_final.pdf)

In der Diskussion begrüßten mehrere Teilnehmer die Zielsetzungen des Präventionsgesetzes sowie die Aussicht der finanziellen Förderung von Projekten auch auf kommunaler Ebene. Die AOK hat dazu bereits eine Absichtserklärung abgegeben. Aber auch alle anderen Krankenkassen wurden eingeladen, sich in einem solchen Prozess einzubringen. Außerdem wurde die aktive Unterstützung von neuen Präventionsprojekten von einigen Diskutanten signalisiert.

## **TOP 3 Vorstellung von neuen Projekten im Rahmen des Präventionsgesetzes**

Frau Dr. Neumeyer-Sickinger vom Bereich Gesundheitswesen stellte ein neues Projekt unter dem Titel „Gesund Lernen – Gesund Leben“, welches im Herbst zunächst an fünf Oberhäuser Grundschulen starten soll, vor. Mithilfe beigefügter Powerpoint-Präsentation stellte sie dar, dass insbesondere in den Bereichen Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung Handlungsbedarf besteht. Die Ziele des Projektes sind:

- Kinder sollen Spaß an Sport und Bewegung haben.
- Kinder sollen lernen welche Lebensmittel gesund sind und welche sie meiden bzw. reduzieren sollten.
- Kinder sollen lernen mit Stress umzugehen.

Das Projekt soll in den Schulalltag integriert werden. Eine erste Evaluation wird nach etwa einem Jahr angestrebt.

Herr Welbers, Leiter der Einrichtung Gute Hoffnung – leben, vermittelte den Anwesenden anhand beigefügter Powerpoint-Präsentation das Projekt „TechnologieGesundheitsBotschafter“. Ausgehend von dem Leitmotiv Autonomie soll älteren Menschen, durch einen Mix aus personalen Hilfe- und Pflegeleistungen und neuen Technologien ein selbstbestimmtes Leben im häuslichen Umfeld ermöglicht werden. Ziel ist es Seniorinnen und Senioren auszubilden, die anderen älteren Menschen Kenntnisse und Erfahrungen über neue technologiebasierte Versorgungskonzepte vermitteln. Auf diese Weise kann beispielsweise der individuelle Hilfebedarf optimiert und die Reduzierung von Krankenhausaufenthalten erreicht werden.

#### **TOP 4            Informationen zum Stand der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen**

Herr Dr. Karbach informierte die Anwesenden über die Inhalte des Maßnahmenplanes zur gesundheitlichen Versorgung von Geflüchteten. Dieser wird mit der Niederschrift allen Mitgliedern der Gesundheitskonferenz zur Verfügung gestellt.

Weiterhin ist die Stadt Oberhausen der Rahmenvereinbarung des Landes zur gesundheitlichen Versorgung von Asylbewerbern beigetreten und hat die elektronische Gesundheitskarte für diesen Personenkreis eingeführt.

Aufgrund einer Nachfrage zur Häufigkeit meldepflichtiger Erkrankungen bei Geflüchteten konstatierte er, dass diese kaum auftreten.

#### **TOP 5            Verschiedenes**

Herr Jötten berichtete über den Stand der Vorbereitungen zum 9. Oberhausener Selbsthilfetag, der wiederum im Bero-Zentrum am Samstag, den 03. September durchgeführt wird.

Des Weiteren stellte er den neuen Selbsthilfewegweiser vor. Die komplette Überarbeitung war notwendig, weil der Alte aus dem Jahr 2011 datierte.